

Pressemitteilung

DSLVL zum Bundeshaushalt

Einnahmen aus Lkw-Maut versickern im allgemeinen Staatshaushalt

Berlin, 6. Juli 2023. Angesichts von etwa vier Milliarden Euro eingesparter Haushaltsmittel für den Verkehrsetat zeigt sich der DSLVL Bundesverband Spedition und Logistik enttäuscht vom gestern durch das Bundeskabinett verabschiedeten Haushaltsentwurf 2024. Zwar ist für den Verkehr eine Erhöhung des Etats um drei Milliarden auf gut 38 Milliarden Euro vorgesehen, doch fließt von den zu erwartenden Mehreinnahmen durch die Lkw-Maut von etwa sieben Milliarden Euro mehr als die Hälfte in den allgemeinen Staatshaushalt. Bereinigt um die zusätzlichen Mauteinnahmen wird der bisherige Verkehrshaushalt dadurch sogar spürbar gekürzt.

Dabei könnten die zu erwartenden Mautmehreinnahmen deutlich mehr Spielraum für eine auskömmlichere Finanzierung dringend umzusetzender Infrastrukturprojekte bieten. Auch für die wichtigen Förderprogramme, welche die Logistikbranche zur Beschleunigung der ökologischen Transformation braucht, könnte deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen.

Hierzu DSLVL-Präsident Axel Plaß: „Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung verspricht eindeutig, die Mautmehreinnahmen, wenn schon nicht in einem geschlossenen Finanzierungskreislauf für die Straße, dann zumindest für Mobilität einzusetzen. Jetzt werden noch nicht einmal die Schiene und die Wasserwege auskömmlich gefördert. Mit diesem Haushaltsansatz begeht die Bundesregierung nicht nur einen erneuten Wortbruch, sie verspielt auch das Vertrauen vieler Speditionshäuser und Logistikunternehmen, die bereits ab dem 1. Dezember 2023 mit erheblichen CO₂-Zusatzabgaben zur Verbesserung der Staatseinnahmen und des Investitionsvolumens der öffentlichen Hand beitragen sollen.“

Pressekontakt:

Marcel Kohl
Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: +49 (0) 30 40 50 228-12
Telefax: +49 (0) 30 40 50 228-88
E-Mail: MKohl@dslv.spediteure.de

www.dslv.org
[linkedin.com/company/spediteure](https://www.linkedin.com/company/spediteure)

Inflationsbereinigt und bei weitgehend konstanter Investitionslinie bleibt die dringend sanierungsbedürftige Infrastruktur sämtlicher Verkehrsträger mit den jetzt - trotz höherer Einnahmen - vorgenommenen Einsparungen weiter unterfinanziert. Dadurch wird sie zusehends destabilisiert und das prognostizierte Güterverkehrswachstum nicht bewältigen können.

„Der Bundestag muss dringend nachbessern. Auch aus dem Wirtschaftsplan 2024 für den Klima- und Transformationsfonds müssen jetzt erhebliche Mittel in den Verkehrssektor zu dessen Dekarbonisierung fließen. Andernfalls verliert der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nur beim Klimaschutz, sondern auch seine Wettbewerbsfähigkeit“, mahnt Plaß.

Als Spitzen- und Bundesverband repräsentiert der DSLVL durch 16 regionale Landesverbände die verkehrsträgerübergreifenden Interessen der 3.000 führenden deutschen Speditions- und Logistikbetriebe, die mit insgesamt 600.000 Beschäftigten und einem jährlichen Branchenumsatz in Höhe von 135 Milliarden Euro wesentlicher Teil der drittgrößten Branche Deutschlands sind (Stand: Juli 2022). Die Mitgliederstruktur des DSLVL reicht von global agierenden Logistikkonzernen, 4PL- und 3PL-Providern über größere, inhabergeführte Speditionshäuser (KMU) mit eigenen LKW-Flotten sowie Befrachter von Binnenschiffen und Eisenbahnen bis hin zu See-, Luftfracht-, Zoll- und Lagerspezialisten. Der DSLVL ist politisches Sprachrohr sowie zentraler Ansprechpartner für die Bundesregierung, für die Institutionen von Bundestag und Bundesrat sowie für alle relevanten Bundesministerien und -behörden im Gesetzgebungs- und Gesetzumsetzungsprozess, soweit die Logistik und die Güterbeförderung betroffen sind.